

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

88 (12.11.1947)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FORVB

2. Jahr Nr. 88 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Mittwoch, 12. November 1947

## Eine harte Rechnung für den Hitlerkrieg

Forderung der vier Parteien, den Demontageplan zu ändern — Namentliche Liste der 60 badischen Fabriken  
Das deutsche Volk muß einig sein im Kampf um den Frieden

Freiburg, 6. Nov. (UT) Im Landtag erklärte Wirtschaftsminister Dr. Leibbrandt, er sei durch die namentliche Demontageliste in der heutigen Frühpresse völlig überrascht. Die Regierung würde feststellen, inwieweit der badische Exportplan durch diese Demontage berührt werde.

Freiburg. (Südena) Die vier südbadischen Parteien haben gemeinsam ihre Stellungnahme zu den Demontagen folgendermaßen bekannt gegeben:

Die Durchführung des in der Presse veröffentlichten Planes der Demontierung listenmäßig genannter Industriebetriebe würde den badischen Export von Industrieerzeugnissen im Kern treffen und einen Exportplan mit der gewünschten Folge einer zusätzlichen Ernährung und Versorgung des badischen Volkes mit Rohstoffen aus Gütern des notwendigsten Lebensbedarfes im Wesentlichen unmöglich machen.

Es ist selbstverständlich Pflicht der badischen Regierung, einer derartigen Konsequenz mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten und bei der Militärregierung unter Nennung aller Gefahren unverzüglich im Sinne einer Aenderung des Demontageplanes vorstellig zu werden.

Dr. W. Hoffmann (CSV); F. Maier (SP)  
Dr. P. Waeldin (DP); E. Eckert (KP).

Als erste Parteierklärung zur südbadischen Demontage haben wir bereits in der letzten Nummer von UNSER TAG die Erklärung der Landesleitung der Kommunistischen Partei (Freiburg) veröffentlicht.

### Die 60 badischen Fabriken

Baden-Baden. Wie von zuständiger Seite der Militärregierung bereits mitgeteilt wurde, wird die Demontage in der französischen Zone 170 Betriebe erfassen, davon 60 in Baden. Die Demontageliste, die am 16. Oktober von General Noiret dem Koordinierungsausschuß vorgelegt wurde, enthält folgende badische Firmen, die der vollen oder teilweisen Demontage unterliegen. (Wir fügen bei: G = Gesamtdemontage, T = Teildemontage — Ziffer = Belegschaftsstärke. Red.)

#### Kreis Ueberlingen

1. Dornierwerke Flugzeugbau (Meersburg) G
2. Zeppelin-Luftschiffahrt Untersee-Torpedos (Immenstaad) T
3. Oskar Fischer, Signalraketen (Markdorf) G

#### Kreis Stockach

4. Gebr. Dreher, Fabrik chem. Produkte (Stockach) G
- 5a Südd. Arguswerke Heinz Koppenberg, Flugzeugteile (Hermannsberg-Pfullendorf) G

#### Kreis Konstanz

6. Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt „Degussa“ (Konstanz)
7. Süddeutsche Dornierwerke, Flugzeugteile (Konstanz-Wollmatingen) G

8. Funkstrahl Gesellschaft für Nachrichtentechnik m.b.H. (Konstanz) G 430
9. Paul Häußler, Werkzeugmaschinen (Konstanz) 32
10. Aluminium-Walzwerke (Singen) T

#### Kreis Donaueschingen

11. Kurt Kopperschmidt, Chem. Fabr. GmbH, Plexiglasfabrikation (Blumberg) G
12. Ottaviminen- und Eisenbahngesellschaft, Vanadiumherstellung (Blumberg) G
13. Becker u. Co., Bohr- und Fräseinheiten, (Vöhrenbach) 64
14. Josef Koepfer u. Söhne, Zahnräder, Fräser- und Maschinenfabrik (Furtwangen) T 74

#### Kreis Neustadt

15. J. Morat u. Söhne GmbH, Maschinenfabrik (Eisenbach) 69
16. Franz Morat, Fabrik für Feinmechanik, (Eisenbach) 26

#### Kreis Waldshut

17. Otto Sohn, Maschinenfabrik (Albert-Hauenstein) 18
18. Aluminium-Walzwerk (Wutöschingen) T

#### Kreis Säckingen

19. Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt (Degussa) (Rheinfelden) T
20. H. Danger, Maschinenfabrik (Säckingen)
21. Heinrich Meierling, Ventilatorenfabrik, (Laufenburg) 14

22. I.G. Farbenindustrie AG. (Rheinfelden) T
23. Aluminiumwerk (Rheinfelden) G

#### Kreis Lörrach

24. Wittig, Kompressorumpen (Schopfheim) 44
25. Helios Stahl- und Werkzeug GmbH. (Weil a. Rh.) 21
26. Ernst Thielenhaus, Maschinenfabrik (Lörrach) T 31

#### Kreis Müllheim

27. Framex, Fabrik für Feinmechanik, Bordinstrumente (Müllheim) G
28. Ernst Hirtler, Seifenfabrik (Heitersheim)
29. Rudolf Engler, Maschinenbau (Bad Krozingen) 11

#### Kreis Freiburg

30. Münzer u. Co., Tachometerfabrik (Freiburg)
31. Litax-Werke GmbH, Kino-Projektionsapparate (Freiburg) 75
32. Freiburger Maschinenfabrik GmbH. (Freiburg) 43
33. Schaffner u. Co., Schnellwaagenbau (Freiburg) 22
34. Genkinger Hebevorrichtungen (Munzingen)

#### Kreis Emmendingen

35. Aluminiumwerk Tschulin (Teningen) G
36. Gebr. Kaiser, Uhrenfabriken (Kenzingen) 62

(Fortsetzung auf Seite 2)

## „Alle Wege führen zum Kommunismus“

Molotows Rede zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution

Moskau. In einer feierlichen Versammlung des Moskauer Sowjets sprach Außenminister Molotow anlässlich des 30. Jahrestages der Oktoberrevolution. Er führte u. a. aus:

Nur die große sozialistische Oktober-Revolution konnte die Voraussetzungen für ein nie gekanntes Tempo einer Wirtschaftsentwicklung schaffen. Hochkapitalistische Länder kamen während der Atempause zwischen den beiden Weltkriegen in ihrer industriellen Entwicklung nicht vom Fleck, während in der gleichen Zeit die Industrie des Sowjetlandes um das 12fache anstieg. Dieser Unterschied in der Entwicklung erklärt sich einzig und allein daraus, daß die Volkswirtschaft in der Sowjetunion auf sozialistischer Grundlage, in England und Frankreich auf kapitalistischer Grundlage beruht.

Molotow zeigte den grundlegenden Unterschied zwischen der Friedenspolitik der Sowjetunion und der gegenwärtigen Außenpolitik der USA und Englands. Die inneren Widersprüche und die Furcht vor der heranrückenden Krise erzeugen dort eine imperialistische und militante Expansionspolitik. Die eigenartige Reaktion der expansionslustigen Kreise der USA und Englands erkläre sich aus dem Mißtrauen zu den eigenen inneren Kräften und aus dem mystischen Glauben an das Geheimnis der Atombombe, obwohl es dieses Geheimnis schon lange nicht mehr gibt.

Zur Deutschlandfrage erklärte Molotow, sind die USA und England von den demokratischen Grundsätzen abgewichen und haben die gemeinsam gefaßten Beschlüsse von Jalta und Potsdam verletzt. Die einseitige Machtpolitik der „Bilzone“ hat Deutschland gespalten und das Recht des deutschen Volkes auf die Existenz seines Staates, der demokratisch und friedlich sein müßte, verletzt.

Doch die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus wachsen und erstarben mit jedem Tage, während der Boden unter den Füßen des Imperialismus schwankt.

Weiter sprach Molotow über die Treue zu den Ideen des Marxismus und Leninismus, die die Strategie und Taktik der Bolschewiki befruchteten und sie befähigten, die eigenen Völker zu einen und auf den Weg zur kommunistischen Gesellschaft zu leiten, der Gesamtheit einen Weg zum Frieden, zur Befreiung von der Kriegsgeißel, kapitalistischer Sklaverei und zum Fortschritt zu weisen.

Der Kapitalismus, so schloß Molotow, wird zur Bremse des menschlichen Fortschritts, und die Fortsetzung der imperialistischen Abenteuerpolitik ist die Hauptgefahr für die friedliebenden Völker. Die große sozialistische Oktober-Revolution zeigt den Völkern, daß die Zeit des Kapitalismus zu Ende geht, daß wirksame Wege zum allgemeinen Frieden und ungeahnten Fortschritt erschlossen sind, daß wir in einer Zeit leben, da alle Wege zum Kommunismus führen. Die Sowjetvölker, erfüllt von dem Glauben an die großen Ziele der Oktober-Revolution, stehen in den ersten Reihen der fortschrittlichen Menschheit.

Moskau. Im Tagesbefehl des Verteidigungsministers Marschall Bulganin an die sowjetische Armee heißt es: Die Autorität Sowjetrußlands, das bei der Vernichtung des Faschismus die bedeutendste Rolle spielte, hat sich beträchtlich verstärkt. Die Sowjetunion führt den Kampf um den Frieden und die Sicherheit des Volkes allen Kriegshetzern zum Trotz. Die sowjetischen Streitkräfte haben die Aufgabe zu erfüllen, den Frieden und die schöpferische Aktivität unseres Volkes zu schützen, die nationalen Interessen der Sowjetunion zu wahren und dem Feind das Ueberschreiten unserer Grenzen zu verwehren. Um diese Aufgabe ehrenvoll zu erfüllen, müssen unsere Streitkräfte jederzeit in der Lage sein, den Kampf aufzunehmen.

### Antikommunistische Aktion abgelehnt

Paris. Der französische Gewerkschaftsbund CGT erklärte, er sei auch heute bereit, an einer Sammelbewegung aller Republikaner und Demokraten teilzunehmen. Er werde sich aber nicht an einer Aktion beteiligen, „die mehr oder weniger an einen antikommunistischen Kreuzzug erinnert, und hinter der sich Feinde der Republik verbergen“. Er fordert die Arbeiter auf, alle Kräfte zur Verteidigung der Republik und der demokratischen Freiheiten, die von der Reaktion unter, de Gaulle bedroht sind, zu vereinigen.

## Vor-Konferenz hat begonnen

Um einen amerikanischen Plan für eine „Westdeutsche Republik“

London. Die erste Sitzung der vier stellvert. Außenminister befaßte sich mit der Prüfung der im April in Moskau für diese Konferenz aufgestellten Tagesordnung. Die Delegierten haben beschlossen, als Hauptfragen auf das Programm der Konferenz zu setzen: Die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland und seine vorläufige politische Organisation.

\*

Paris. Von der Londoner Konferenz berichtet „Franc-Tireur“, daß es dort eine zweite Konferenz gäbe die von ungleich größerer Bedeutung sei. Die amerikanische Delegation habe einen bereits ausgearbeiteten „Plan für die Errichtung einer Westdeutschen Republik“ mitgebracht. Murphy halte einen Bruch zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland und eine Aufteilung Deutschlands für unvermeidlich. Dieser Plan bestehe im wesentlichen aus drei Punkten: 1. In der Schaffung einer provisorischen Regierung Westdeutschlands, die nicht gewählt, sondern bestimmt werden solle. Sie würde sich zunächst aus den drei sozialdemokratischen Ministerpräsidenten der englischen und den fünf der CDU angehörenden Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone zusammensetzen. 2. sei vorgesehen, daß die drei Ministerpräsidenten der französischen Zone, die ebenfalls der Republik angehören, in diese westdeutsche Regierung eintreten. 3. Sobald eine Verfassung ausgearbeitet wäre, würden Parlamentswahlen vorgenommen werden.

Der Londoner Korrespondent des „Franc-Tireur“ fügt hinzu, daß der Plan zur Zeit geprüft werde. England halte es übrigens für gefährlich, schon in den ersten Tagen der eben erst eröffneten Konferenz derartige Geheimverhandlungen zu führen.

London. Das englische Außenministerium demütiert diese Nachricht. Trotz des Dementis hält sich hartnäckig das Gerücht, daß es zwischen Engländern und Amerikanern schon zu einem Einvernehmen über die Bildung eines westdeutschen Staates gekommen sei und ein solches Projekt tatsächlich existiere.

### „Times“ für Einheit Deutschlands

London. Die „Times“ schreiben zu den Plänen einer Zweiteilung Deutschlands: „Keine Macht kann aus der Teilung Deutschlands Nutzen ziehen. Ein Abkommen über die Einigung Deutschlands ist der Schlüssel für die Einheit Europas. Die Teilung Deutschlands würde die Teilung Europas und der Welt bedeuten.“

### Byrnes Zweckpessimismus

New York. Der ehemalige Staatssekretär Byrnes bezweifelte in einer Rede die Möglichkeit einer Einigung über das Deutschlandproblem bei der kommenden Viererkonferenz. Er trat dafür ein, daß eine Konferenz für die Ausarbeitung der Friedensverträge mit Deutschland zu Beginn des kommenden Jahres einberufen wird.

Aber aus der Nacht gibts Rettung, nur eine Rettung freilich: den Entschluß, die Beseitigung dieser Uebel sich zum Lebenszweck zu setzen.

Nur jenes Leben ist unmöglich, das alles laufen lassen wollte, wie es läuft. Nur das Leben ist möglich, das sich selbst zu opfern bereit ist, zu opfern für die Allgemeinheit.

Karl Liebknecht an seinen Sohn (1917)

Zur Deutschen Revolution 1918

— siehe unsere 3. Seite —

## Nur zwei Stimmen dagegen

Saarbrücken. Der endgültige Verfassungsentwurf für die Saar wurde mit den Stimmen der Christlichen, der Sozialdemokraten und der Demokraten der Saar gegen die zwei Stimmen der Kommunisten angenommen. Ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Müller (CVP) erklärte die uneingeschränkte Zustimmung seiner Fraktion zum Text der Präambel, der die wirtschaftliche Angliederung des Saargebiets an Frankreich und die politische Ausgliederung aus Deutschland bestimmt. Braun (SP) sprach ebenfalls für den Entwurf, trotzdem in den Reihen seiner Partei nicht absolute Einmütigkeit herrsche. Dr. Levy (DP) schloß sich durchweg den Argumenten seiner Vorredner an.

Abg. Hoppe (KP) erklärte: „Die Kommunistische Fraktion sieht in der Verfassung den logischen Schlußstrich unter eine Entwicklung, welche seit einem Jahr auf die Loslösung von Deutschland und den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich abzielt. Die KP kann dieser Absicht aus grundsätzlicher Haltung nicht zustimmen. Sie ist der Auffassung, daß das Saargebiet, seine Menschen, seine Wirtschaft, seine Kultur, seine Tradition naturgemäß zum deutschen Volke gehört.“ Die Aufgabe sei, dem Wohl des deutschen wie auch des französischen Volkes zu dienen, um zukünftige Verwicklungen zwischen den beiden Völkern zu vermeiden. Diese Lösung, die den Reparations- und Sicherheitsansprüchen des französischen Volkes entspreche, könne gefunden werden, ohne daß dadurch die Saar von der natürlichen Basis Deutschland abgerissen werde. Die Präambel stelle einen Vorgriff über Entscheidungen, die erst auf der Londoner Konferenz getroffen werden könnten, dar. 50 Abgeordnete könnten nicht ohne eine direkte Befragung des Volkes eine so schwerwiegende Entscheidung treffen. Der kommunistische Antrag, über jeden einzelnen Abschnitt der Verfassung geheim abzustimmen, wurde abgelehnt.

Die „Volksstimme“ (Organ der Sozialdemokratischen Partei für das Saargebiet) schreibt in ihrem Bericht über diese historische Sitzung: „Nur während der Ausführungen des Abg. Hoppe von der Kommunistischen Partei gab es hier und da Zwischenrufe, die dieser erwiderte. Aber daß störte weder die Sachlichkeit noch den ruhigen Verlauf der Tagung. Wenn das so weitergeht, wird unser saarländischer Landtag ein Musterparlament werden.“ Ohne Kommentar.

### Aegypten als USA-Waffenarsenal

Kairo (Südena-AFP) Nach einer Meldung der Zeitung „Al Misri“ sollen 1948 in Aegypten amerikanische Rüstungsfabriken errichtet werden. Eine amerikanische Privatgesellschaft beabsichtigt die Errichtung von drei Waffen- und Munitionsfabriken. Nach Ansicht der Zeitung stellt dieser Plan eine Aufforderung an Aegypten dar, sich dem mit der amerikanischen Anleihe an die Türkei und Griechenland in Verbindung stehenden Block des mittleren Orient anzuschließen. „Aegypten soll also“, so heißt es weiter, „ein Militärarsenal zur Versorgung dieses Blocks werden.“ Die Zeitung versichert, daß Aegypten ebenso wie Syrien sich weigern würde, einem anti-kommunistischen Pakt beizutreten.

### Für Aufhebung des Lohnstopps

Köln. Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der britischen Zone hat den Alliierten Kontrollrat in Berlin ersucht, den in der Kontrollrat-Direktive Nr. 4 für alle Besatzungszonen Deutschlands festgelegten Lohnstopp aufzuheben. Durch die Aufhebung der Lohnstopverordnung soll es den Gewerkschaften ermöglicht werden, eine freie Entlohnung durchzusetzen und an der Gestaltung der Tarife mitzuwirken.

### Zeitungsverleger gegen Zeitungsverbot

Hannover. Der nordwestdeutsche Zeitungsverlegerverband hat die britische Militärregierung um Aufhebung des dreimonatigen Verbots der kommunistischen Zeitung „Niedersächsische Volksstimme“ gebeten. Die Intervention wird besonders auch damit begründet, daß ein dreimonatiges Verbot einer Zeitung deren wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen könne.

### Die erste Frau als Außenminister

Bukarest. Anstelle des zurückgetretenen Tarescu übernahm die Kommunistin Anna Pauker das rumänische Außenministerium. Sie ist der erste weibliche Außenminister in der modernen Geschichte. Genossin Anna Pauker steht im 52. Lebensjahr. Bereits seit ihrer Jugend gehört sie der Linksbewegung an und erhielt 1936 zehn Jahre Gefängnis. Sie ist Mitglied des Zentralaussschusses der KP Rumäniens.

### Otto Strasser agitiert wieder

Stuttgart. Otto Strasser von der „Schwarzen Front“, der zu Beginn des Hitler-Regimes flüchtete, entwickelt von Amerika eine rührige Agitationstätigkeit nach Deutschland. Seine Verbindungen gehen zu Karl Schumacher, Archivar im Justizministerium in Stuttgart und zu Werner Kempe in Konstanz. Ein Antrag auf Lizenzierung als politische Partei wurde von der amerikanischen Militärregierung abgewiesen.

### Menschenrecht und Menschenwürde

Stuttgart. Die Evangelische Akademie Bad Boll (Göppingen) hat Vertreter der süddeutschen Presse über das Wochenende vom 21. November zu einem Gespräch über das Thema „Menschenrecht und Menschenwürde“ eingeladen. Dieses Thema stellt den geistigen Schnittpunkt jener verschiedenen Auffassungen dar, welche die östliche und die westliche Welt voneinander trennen, heißt es in der Einladung.

Landesbischöfliche Wurm wird die Tagung eröffnen, wonach in 22 Referaten der geistesgeschichtliche Stand des Problems dargelegt wird. Es sprechen Prof. Dr. Benz (Marburg) über das Problem in den Ostkirchen, Dr. E. Müller (Boll) und D. Merz über das Problem in der biblischen Geschichte, und Dr. Robert Tillmanns (Berlin) über Menschenrecht und Menschenwürde in marxistischer Sicht.

In dem darauffolgenden Gespräch zwischen Vertretern der Presse und der Kirche soll der Problembereich eingehend erörtert werden. Am Sonntag wird die Aussprache von Chefredakteur Dr. Bittel (Offenburg) eingeleitet und mit einem Abschluß durch Dr. Theodor Heuss (Stuttgart) beendet.

### Wohleb dementiert Trizone

Freiburg, 7. Nov. In einer Erklärung vor dem Landtag dementierte Staatspräsident Wohleb die Meldung der Volkszeitung UNSER TAG vom 8. Oktober, daß Besprechungen zwischen den drei Staatspräsidenten der französischen Zone über die Frage des Anschlusses an die Bizone stattfinden, sowie daß Südbaden und Südwürttemberg diesen Anschluß begrüßen würden. Staatspräsident Wohleb erklärte, daß diese Nachricht erfunden sei.

Wir nehmen das Dementi zur Kenntnis und überlassen die Verantwortung für diese Meldung der „Frankfurter Neuen Presse“, die wir als Quelle damals angegeben hatten. Wir bedauern, daß der Herr Staatspräsident einen ganzen Monat lang zu der Frankfurter Falschmeldung geschwiegen hat.

### 39 geheime Warendepots

Koblenz. In Rheinland-Pfalz geht die demokratische Aktion zur Aufdeckung von Schwarzlagern und Lebensmittelunterschleifungen weiter. Es wurden neuerdings 39 Geheimdepots von Lebensmitteln, Zucker, Butter, Öl, Kaffee usw. ermittelt im Werte von Millionen.

## Monarchisten wittern Morgenluft

Antifaschisten seid wachsamer!

⊙ Aus der amerikanischen Zone kommt die Nachricht, daß die in der britischen Zone bekanntlich schon seit längerer Zeit bestehende „Deutsche Rechtspartei“, konservative Vereinigung ebenfalls lizenziert ist. Die reaktionären Machenschaften dieser DR haben nicht mehr oder weniger zum Ziel, als Deutschland wieder einen „souveränen Herrscher“ zu verschaffen, wofür sie den ehemaligen Kronprinzen oder einen seiner Söhne erküren wollen. In ihrem Programm steht auch der schöne Satz — das ist wörtlich —: „Wiedereinführung der alten kaiserlichen deutschen Begriffe von Pflichttreue und Bekenntnis zur deutschen Geschichte, auch mit ihren Fehlern und Schwächen.“ Nunmehr arbeiten also diese konservativen Herrschaften sehr rührig auch in der amerikanischen Zone, wo jetzt Herr Walter Seebach zum Vorsitzenden ernannt worden ist.

Das sind Geschehnisse im politischen Untergrund, die man keineswegs übersehen oder auf die leichte Schulter nehmen darf. Die Reaktion wittert schon längst Morgenluft und diese Leute, die hier ganz offen politische Verbrechen am deutschen Volk vorbereiten, fühlen sich naturgemäß durch die amerikanische antikommunistische Propaganda-Aktion mehr als ermuntert. Denn die reaktionären Kreise wissen, daß es keine zweite Partei gibt, die wachsamer auf dem Posten steht, um die neue Demokratie zu schützen, als die Kommunisten.

Wir erinnern uns noch dunkel, daß in Potsdam das deutsche Volk zur antifaschistischen Demokratie ermuntert worden ist! Wieso dann eine „demokratische“ Rechtspartei mit monarchistischen Zielen überhaupt eine Lizenz erhalten konnte, ist unerfindlich. In Verbindung mit dem auserkorenen souveränen Herrscher wird auch der Enkel, Wilhelm des Zweiten, Louis Ferdinand von Preußen erwähnt. Dieser wurde bekanntlich bereits von den 20. Juli-Schwörern „in Bereitschaft“ gehalten, um als Monarch auf Hitlers Thron gesetzt zu werden.

Man sage uns nicht, daß das Lappalien seien. Es sind sehr ernste Dinge, die neuerlich im Zusammenhang mit einem westdeutschen Staat, dem unerträglich die dunklen Kräfte um Prof. Dr. Röcke in der Schweiz injiziert haben (vergl. den Leitartikel „Spiel mit Deutschland“ in UT Nr. 43 vom 6. Juni) und der inzwischen auf die Tagesordnung in London gekommen ist.

Antifaschisten seid wachsamer und entschlossener gegen alle Feinde einer einzigen deutschen demokratischen Republik!

### Gegen Separatismus in der Pfalz

Mainz. (UT). Im Landtag Rheinland-Pfalz wurde von allen Parteien einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Mit Entrüstung und Abscheu hat der Landtag Rheinland-Pfalz von Umtrieben separatistischer Landesverräter in der Pfalz Kenntnis genommen, die die gegenwärtige Not ihren meist eigennützigsten Bestrebungen dienstbar zu machen versuchen. Der Landtag legt Wert darauf, aller Welt kundzutun, daß er ohne Unterschied der Parteien einmütig ein irgendwie begründetes Ausscheiden der Pfalz aus dem deutschen Verband auf das entschiedenste zurückweist. Der Landtag ist über-

## Zwei Tage badischer Landtag

Freiburg, 6. Nov. (Südena)

Der Badische Landtag nahm einen Gesetzentwurf über die dienststrafrechtliche Stellung, der dem Ministerium des Innern unterstellten Wachmannschaften in Interniertenlagern an. Abg. Büche (KP) sprach sich ablehnend gegen das Gesetz aus, weil es einen Teil der Arbeiterschaft unter einen Ausnahmezustand stelle und der Willkür Tür und Tor geöffnet werde, wenn es dem Verfügungsrecht eines Dienstvorstehers unterläge, zu entscheiden, ob ein Angestellter sich ein Vergehen habe zu Schulden kommen lassen.

Ein Antrag der SP wurde angenommen zu einem Gesetz über die Wiedergutmachung an Opfern des Nationalsozialismus mit einem Zusatzantrag, solche, die in Gefängnissen und KZ-Lagern körperlichen Schaden erlitten hätten oder deren Hinterbliebenen, den Kriegsoffizieren gleichzustellen. Damit würde ihre finanzielle Lage so schnell wie möglich erleichtert werden können. Ein Zusatz der KP über Ungültigmachung von Verkäufen von Liegenschaften aus Staatsbesitz wurde einstimmig angenommen. Ferner ein Antrag über die Einführung des Punktsystems, mit dessen Hilfe Landwirte, die ihrer Abgabepflicht vorbildlich genügt, industrielle Erzeugnisse, Schuhe und andere wichtige Bedarfsartikel kaufen könnten; und ein weiterer Antrag, die Regierung möge unter Hinzuziehung der Gewerkschaften und der Vertretungen der Arbeitgeber ein Betriebsrätegesetz ausarbeiten. Ebenso die Forderung eines Gesetzes zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Schwarzhandels und über die Ausarbeitung eines Gesetzes über Agrar- und Bodenreform.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, den Landkreis Kehl und die Stadt Breisach als Notstandsgebiet, sowie alle Gemeinden zu Notstandsgebieten zu erklären, deren Beschädigung 60% übersteige. Angenommen wurde auch ein Antrag, die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Totalfliegerbeschädigten und der Flüchtlinge zu regeln. Der Schaffung eines Gesetzes, das die Möglichkeit zur Enteignung von Grundbesitz gibt, damit der Wiederaufbau nach fortschrittlichen städtebaulichen Grundsätzen geregelt werden könne, wurde mit einer von den Demokraten angeregten Abänderung, die vor Enteignung die Worte „in besonderen Fällen“ einfügte, zugestimmt.

Freiburg, 7. Nov. (Südena)

Gegenstand der Beratung war ein Antrag über die Ernährungslage. Abg. Maier (SP) kündigte an, daß demnächst ein vom Wirtschaftsministerium ausgearbeiteter Plan vorgelegt werden solle, der eine auf 8-10 Jahre befristete Anleihe in der Schweiz vorsehe, die eine zusätzliche Beschaffung von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern ermögliche. Abg. Schneider (CSV) schilderte die derzeitige Ernährungslage und die durch sie hervorgerufenen Gefahren. Abg. Schlapper (CSV) befaßte sich mit dem Verhältnis Militärregierung — Landesregierung. Ferner sprachen die Abg. Klaus (CSV) als Vertreter der Bauernschaft, Stahl (DP), Weiser (DP) und Beyerle (CSV). Minister Schill erwiderte auf verschiedene Punkte der Kritik. Er gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß die allgemeine gute Ablieferungsfreudigkeit der Bauern Anerkennung gefunden habe.

Im weiteren Verlauf der Ernährungsdebatte sprach Abg. Käthe Seifried (KP). Sie erinnerte daran, daß die KP bereits früher einen Antrag zur Verbesserung der Ernährungslage eingebracht habe, der zwar von allen Parteien angenommen, aber nicht durchgeführt worden sei. Abg. Geiler (SP) erklärte, Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung seien vorläufig noch unentbehrlich. Abg. Schlöder (CSV) übte Kritik an der Methode der Erfassung und Ablieferung der Kartoffeln im Kreise Villingen.

Staatspräsident Wohleb gab eine Erklärung der Regierung ab. Der enge Rahmen könne aus eigenen Kräften nicht erweitert werden. Kartoffeln seien in einigen Kreisen schon volle zwei Zentner ausgegeben worden, die allerdings bis zur nächsten Ernte reichen müssen. Das Brotgetreide reiche bis Ende Dezember. Die Milch-, Butter- und Käseerzeugung sei gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, was Folge der schlechten Futterlage zu erklären sei. Man müsse sogar mit noch stärkerem Rückgang rechnen. Man müsse gemeinsam nach einem Ausweg suchen.

Der neue Wirtschaftsplan liege vor und werde nach Ueberkunft mit den beiden anderen Ländern der Zone und nach Besprechung mit der Militärregierung dem Landtag vorgelegt werden. Das Vertrauensverhältnis zwischen Landesregierung und Militärregierung sei erfreulich. Die Regierung werde ihre Pflicht erfüllen, auch ohne dazu ermahnt zu werden und ohne davon immer zu sprechen. Die Abstimmung über den Antrag zur Ernährungsfrage wurde sodann verschoben, da noch eine Debatte über die Regierungserklärung stattfinden soll. — Nächste Sitzung 18. Nov.

### Am Grabe Matthias Schneiders

Baden-Baden. Der Beisetzungsfest der durch einen tragischen Unfall aus dem Leben geschiedenen Zonensekretärs der Gewerkschaften, Matthias Schneider, wohnen Vertreter der Militärregierung, der Gewerkschaften, der vier politischen Parteien und der Behörden bei. Unter den Kranzspenden wurde auch ein Kranz des FDGB der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands niedergelegt. In den am Grabe gehaltenen Reden kam die Bedeutung der Persönlichkeit des Verstorbenen zum Ausdruck. Für die KP sprach Landesvorsitzender Erwin Eckert.

## Gesetz zur Wiedergutmachung Nazi-Unrechts

Freiburg, 8. Nov. Auf den erweiterten gemeinsamen Landesvorstandssitzungen der Betreuungsstellen der Opfer des Nazismus zusammen mit der VVN Baden wurde zu dem bevorstehenden Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts Stellung genommen. Der erste Vorsitzende der VVN, Dr. Bittel, erläuterte die Grundsätze, nach denen dieses Gesetz in den Ländern der französischen Zone gestaltet werden soll. Zunächst solle anstelle einer späteren Reichshaftung die Staatshaftung der Länder anerkannt und eine entsprechende Wiedergutmachungsbehörde mit Wiedergutmachungskammern geschaffen werden. Die Forderung sei, jetzt endlich ohne Bürokratismus eine rasche und vollständige Wiedergutmachung an allen Schäden herbeizuführen. Wo beschlagnahmte Sachwerte nicht mehr zurückerstattet werden könnten, müsse angemessener Wertersatz gegeben werden. Bei Freiheitsentzug in Konzentrationslagern und Gefängnissen fordere die VVN eine Entschädigung sowohl für die Hafttage wie für die Wiederherstellung der Gesundheit und Renten für Witwen und Waisen. Jeder aus Anstellung und Beruf Entfernte müsse wieder eingestellt und bei selbständigen Berufen alle dazu notwendigen Betriebsmittel dazu beschafft werden. Die seitherige Verschleppung der Wiedergutmachung fordere nunmehr von Regierung und Landtag äußerste Beschleunigung! Daß im Landtag tags zuvor als Zwischenlösung eine Einschaltung der OdF in die Kriegsverehrten-Fürsorge angenommen worden sei, wurde von dem Redner zwar als guter Wille für die Beschleunigung des Wiedergutmachungsgesetzes der Regierung und den Parteien Vorschläge und Forderungen unterbreiten.

Neue Richtlinien für die Betreuung der Opfer des Faschismus samt Ausführungsbestimmungen wurden nach einem Bericht des Leiters der Landesstelle F. Schiefer durchberaten und einmütig beschlossen. Die Unterstützungsgruppen teilen sich in politische Aktivisten der Widerstandsbewegung, in politisch verfolgte Opfer des Faschismus und politisch Geschädigte. Der Mitgliederkreis der VVN begrenzt sich auf die für die Betreuung Anerkannten.

Die Tagung beschäftigte sich weiter mit praktischen Fragen der Bewegung und nahm einen

Bericht von H. Dobberkau über die Durchführung des Gedenktages Mitte September entgegen, worin die „Zurückhaltung“ der Bevölkerung und der Regierungsstellen in Südbaden ausdrücklich festgestellt wurde.

Die Konferenz war von dem alten Geist der unter dem Naziterror bewährten Kameradschaft der Widerstandsbewegung getragen und bewies den Willen, als überparteiliche Organisation den kämpfenden Antifaschismus in den demokratischen Neuaufbau als maßgebenden Faktor einzusetzen.

### Deutsche Gruben im Auslandsbesitz

Essen. Die beabsichtigte Ueberführung der Kohlenverwaltung in deutsche Hände hat den Einspruch des an der deutschen Wirtschaft beteiligten Auslandskapitals ausgelöst. Damit hebt sich für die deutsche Öffentlichkeit ein Teil des Schleiers, der über den ausländischen Kapitalverflechtungen in Deutschland liegt.

In norddeutschen Bergbau ist vor allem amerikanisches, französisches, belgisches und holländisches Kapital investiert. So befindet sich der mit einem Aktienkapital von 50 Millionen Mark ausgestattete Eschweiler Bergwerksverein (Förderleistung 5 Millionen t jährlich) zu 97 Prozent in der Hand ausländischer Kapitalisten. Französische Beteiligungen bestehen an vier großen Gruben mit zusammen über 4 Millionen t jährlicher Förderleistung. Die Kapitalmajorität an einer Bergwerksgesellschaft mit 1 Million Erzeugung und 15 Millionen Kapital geht nach Belgien. An den Stinneszehen ist die amerikanische Hugo-Stinnes-Gesellschaft maßgebend beteiligt, da nach dem Zusammenbruch des Stinneskonzerns dieser mit US-Kapital saniert wurde. Damit würde die jährliche Förderung von rund 1,3 Millionen t deutscher Kohlen der unmittelbaren amerikanischen Kontrolle unterstehen.

### Labour-Verluste auch in Schottland

London. Die Gemeindevahlen in Schottland hatten folgende Ergebnisse: Von 196 schottischen Gemeinderäten verlor die Arbeiterpartei 77 und gewinnt 12 Sitze. Die Mehrheit behält diese in 31 die sie bisher in 39 Gemeinden hatte. In dem großen Hafen- und Industriezentrum Glasgow behält die Arbeiterpartei ihre absolute Majorität.

### Die südbadische Demontage-Liste

(Fortsetzung von Seite 1)

- Kreis Villingen
- 37. Aluminiumgießerei GmbH. (Villingen) G
  - 38. Gebr. Heinemann AG, Werkzeugmaschinenfabrik (St. Georgen/Schw.) 112
  - 39. Weisser u. Söhne, Drehbänke (St. Georgen/Schw.) 124
  - 40. Tobias Bäuerle u. Söhne, Uhrenfabrik (St. Georgen/Schw.) T 272
  - 41. J. Kaiser, Uhrenfabrik GmbH. (Villingen) 249
  - 42. Fichter u. Hackenjos KG., Feinmechanik und Uhren (Villingen) 85
  - 43. Villingen Uhrenfabrik (Villingen)
  - 44. A. Maier, Uhrenbestandteilefabrik (St. Georgen/Schw.) 31
  - 45. Saba-Schw. Apparatebauanstalt Schwer u. Wehrle, Uhrenfabrik (Schönwald) 121
- Kreis Wolfach
- 47. Erwin Hengstler, Hydraulische Hebezeuge (Hausach) 33
  - 48. Hans Grohe, KG., Metallwarenfabrik (Schiltach) 95
  - 49. Prototyp-Werke GmbH., Hochleistungs-werkzeuge, (Zell-Harmersbach) 137
  - 50. Werkzeug- und Maschinenbau (Haslach) 20
  - 51. Schlenker u. Co. Werkzeugmaschinenfabrik (Hornberg) 32
- Kreis Lahr
- 52. Ernst Beutler Eisenwerk (Lahr) T 116
  - 53. Märkische Seifenindustrie (Lahr) G
  - 54. Gebr. Kiefer, Eisen u. Metallgießerei (Lahr)
- Kreis Kehl
- 55. Albert Leicht, Mechanische Werkstätte (Altenheim)
- Kreis Baden-Baden
- 5b Süddeutsche Arguswerk Heinz Koppenberg KG. (Baden-Baden) G
- Kreis Rastatt
- 56. Diana-Werk, Meyer u. Grammelpacher, Luftgewehrfabrik, Handwaffen und Zünder (Rastatt) G
  - 57. Bulers-Werke Automatische Waagen (Rastatt)
  - 58. Stephan Hertweck, Präzisionswerkzeugfabrik (Gaggenau) 87
  - 59. Franz Hörner, Werkzeugfabrik (Rastatt)
  - 60. Schubert u. Co. KG., Rechenmaschinen (Rastatt) 82

Die nunmehr vorliegenden Einzelheiten zum Demontageabbau in der französischen Zone haben in der arbeitenden Bevölkerung eine Bestürzung hervorgerufen. Das Herzstück unserer gewerblichen Wirtschaft gerät in eine Krise von unabsehbaren Folgen, die sich auf den gesamten Wirtschaftsorganismus auswirken wird, da die gesamte badische Industrie eng ineinander verflochten und ein Teil vom anderen abhängig ist. Das trifft insbesondere auf die Spezialindustrie der Mechanik und Elektrotechnik zu, worunter wichtige Exportbetriebe sind und spezifische Werke für den Wiederaufbau. Vernichtet ist der Abbau für die Uhrenindustrie, die auf dem Weltmarkt eine entscheidende Rolle spielt, sowie die Demontage bei der Leichtmetallindustrie. In einzelnen Kreisen ist das Rückgrat der Arbeiterexistenz getroffen.

Nach den alliierten Bestimmungen gehen die Werke an die IARA (Intern. Reparat.-Agentur, Brüssel), d. h. nach Amerika, UdSSR, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Griechenland usw. Die Presse sollte daher vermeiden zu schreiben: „so geht ja auch tatsächlich ein großer Teil der Demontagen in die Sowjetunion“ (Badener Tagblatt). Tatsächlich geht aus ganz Baden, soweit wir unterrichtet sind, lediglich der Betrieb Fischer (Markdorf) dorthin, während Zeppelin in Immenstadt bereits für die UdSSR demontiert wurde.

### Kleine Zeitung

- BREMEN. Die US-Militärregierung will 120 Fischerfahrzeuge, die aus dem Dienst der ehemaligen Kriegsmarine beschlagnahmt worden waren, an die deutschen Stellen zurückgeben.
- BERCHTESGADEN. Auf Antrag der Spruchkammer wurde der ehemalige Generalleutnant Ernst Maisei, gegen den Anzeige wegen Beihilfe zum Mord an dem ehemaligen Generalfeldmarschall Rommel erstattet worden war, verhaftet.
- BERLIN. 1948 sollen in Mecklenburg 12 000 Wohnstätten für Umsiedler errichtet werden. Die Kreditgenossenschaft Raiffeisen stellt 125 Millionen Mk.
- BERLIN. In Frankfurt an der Oder trafen, nachdem vor einigen Tagen der 300 000. Gefangene entlassen wurde, drei neue Transporte mit insgesamt 1625 Heimkehrer aus der Sowjetunion ein.
- DUSSELDORF. Ehemalige deutsche Kasernen, die von den britischen Besatzungstruppen und Behörden nicht mehr benötigt werden, sollen für den Gebrauch deutscher Zivilisten oder verschleppten Personen freigegeben werden.
- BERLIN. Ab 15. November können private Ferngespräche im interzonalen Postverkehr nach Genehmigung durch die Besatzungsmächte wieder durchgeführt werden.
- ROM. Der ehemalige Oberbefehlshaber der italienischen Streitkräfte Graziani wird vor ein Militärgericht gestellt.
- LAKE SUCCESS. Die Schweiz, Italien, Oesterreich und Ungarn wurden als Mitglieder in die UNESCO (Kulturorganisation der Vereinten Nationen) aufgenommen.
- CANBERRA. Der australische Rundfunk meldet, daß ein Radarsignal von der Erde zum Mond in Neu-Südwesten durch australische Wissenschaftler gesandt wurde.
- TORONTO. Der kanadische Außenminister erklärte, er sei trotz den verschiedenen Schwierigkeiten zwischen Großbritannien und der Sowjetunion von den friedlichen Absichten der Sowjetregierung überzeugt.

### UNSER TAG

Volkszeitung für Baden — Organ der KP  
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1  
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. —  
Redaktionskollektiv:  
Dr. Karl Bittel (Chefredakteur), Karl Ehmann, Hanns Adam Faerber (Chef vom Dienst), Dr. Adolf Hirt, Dr. Walter Kunze, Gustav Venedey. —  
Verlag: Südwest-Verlag GmbH. (17b) Offenburg.  
Hauptstr. 115, Postfach 361. Fernruf 2207. Erscheint mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatl. 1,50 Mk. einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestellgeld

# Die große Lehre der deutschen Novemberrevolution von 1918

Revolutionen sind große geschichtsbildende Ereignisse im Leben der Völker. Sie weisen uns den Weg nach vorwärts und werden stets von jenen Kräften bekämpft und mit Schmutz besudelt, die an der Erhaltung der alten Machtverhältnisse, die die Bedürfnisse der breiten Massen des schaffenden Volkes nicht mehr befriedigen können, interessiert sind. Diese alten reaktionären Kräfte verleumdete die Revolutionen, stellen sie als Schrecken aller Schrecken dar, um das nach einem besseren Leben drängende Volk von der Durchführung solcher geschichtlich notwendig gewordenen Umwälzungen abzuhalten.

Als fortschrittliche Kräfte unseres Volkes haben wir alle Ursache, die Revolutionen zu studieren, aus ihrem Verlauf, ihren Erfolgen und ihren Fehlern zu lernen, damit wir fähig werden, die geschichtliche Aufgabe zu lösen, die uns gestellt ist. Die ersten Tage im November bieten uns Anlaß zur Betrachtung von zwei geschichtlichen Ereignissen, deren Lehren für den Kampf unseres Volkes um eine bessere Zukunft von größter aktueller Bedeutung sind: die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland vom 7. November und die Novemberrevolution in Deutschland (9. November 1918).

UNSER TAG brachte in seiner letzten Ausgabe eine Erinnerungszahl zum 30. Jahrestag der russischen Revolution. Die Oktoberrevolution 1917 führte zum Sieg, weil sie unter der zielbewußten klar-marxistisch eingestellten Leitung der Kommunistischen Partei der Bolschewiki stand, die in einer revolutionären Situation die Revolution konsequent zu Ende führten. Wir erinnern an den Brief von Lenin, den er am Vorabend an das Zentralkomitee schrieb:

„Die Situation ist denkbar kritisch. Es ist klar, daß jede Verzögerung im Aufstand dem Tode gleichkommt (nicht „Ausland“, wie ein dummes Druckfehler unser Text in der letzten Nummer entstellte, Red.) Auf der Ta-

## Zwei Revolutionen - zwei Wege

Revolutionen sind Marksteine in der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit. Konsequent zu Ende geführte Revolutionen können die Menschheit auf dem Wege des Fortschritts ein gewaltiges Stück vorwärts führen, wie z. B. die große französische Revolution 1789 und die russische Oktoberrevolution 1917. Halbe, nicht zu Ende geführte Revolutionen, lösen nicht nur die geschichtlichen Aufgaben nicht, sondern hemmen die gesunde Entwicklung des betreffenden Volkes, wie z. B. die bürgerliche Revolution von 1848 und die Novemberrevolution von 1918 in Deutschland.



gesordnung stehen die Fragen, die nicht von Versammlungen gelöst werden, nicht auf Kongressen, sondern ausschließlich von Völkern, von der Masse, durch den Kampf bewaffneter Massen.“

Getreu dieser Losung wurde in Rußland im Kampf der Arbeiter, Bauern und Soldaten die Macht aller reaktionären Kräfte gebrochen und die Forderungen des Volkes durchgesetzt. Mit dem Sieg der Oktober-Revolution 1917 begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, ja in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft überhaupt.

Im Gegensatz dazu scheiterte ein Jahr später die November-Revolution in Deutschland. Unentschlossenheit und Uneinigkeit der Arbeiterklasse sind die Hauptursachen, die zu jenem traurigen Gebilde der „Weimarer Demokratie“ führten. Ihre Halbeheiten haben die faschistische Diktatur Hitlers in logischer Folge ermöglicht.

Die Arbeiterschaft und das ganze deutsche Volk müssen aus dieser Niederlage lernen, wenn sie nunmehr den anti-faschistischen demokratischen Kampf um den Sozialismus gewinnen wollen.

schon Ziel mißlang. Er mußte mißlingen, weil das deutsche Proletariat in der entscheidenden Situation keine geeinte, revolutionäre, marxistische Massenpartei besaß. Die proletarischen Kräfte führten keinen einheitlichen Kampf gegen die Kräfte der Reaktion und rieben sich im gegenseitigen Kampfe auf. Der Bruderkampf im proletarischen Lager stieß die nichtproletarischen werktätigen Schichten ab, und damit wurden sie ein Kräfteverbehälter der reaktionären Parteien. Der Glaube an die Allmacht des Stimmzettels war noch stärker als die marxistische Erkenntnis, daß ohne das Kontrollrecht der Massen auf die gesetzgebende und ausübende Gewalt, die „Demokratie für alle“ sich gegen das werktätige Volk richten muß.

So konnte es kommen, daß 1918/19 in Deutschland nicht einmal die bürgerlich-demokratische Umwälzung zu Ende geführt wurde. Der reaktionär-monarchistische Staatsapparat blieb erhalten, die Kriegsverbrecher wurden nicht bestraft, das Monopolkapital nicht angetastet. Damit wurde der Nährboden bereitet, auf dem später die nazistische Saat so üppig ins Kraut schießen konnte.

Welche sind die hauptsächlichsten Lehren, die wir heute beherzigen müssen? Zum ersten, daß die begonnene Umwälzung entschlossen bis zu Ende geführt werden muß!

Nicht bei Halbeheiten stehenbleiben! Nicht von den Hauptaufgaben ablenken lassen! Die Hauptaufgabe ist, die Bestrafung der Schuldigen an der Katastrophe Deutschlands, die Entmachtung der Junker und Imperialisten in ganz Deutschland, die Beseitigung der alten Bürokratie, die dem Kaiser, der Weimarer Republik und Hitler gedient hat.

Kein leeres Geschwätz von Sozialisierung, sondern Ueberführung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in die Hände des Volkes. Säuberung der Verwaltung und Justiz von aktiven Nazis und Reaktionären, konsequente Zueinführung der Bodenreform, gründliche Umgestaltung des Schulwesens. Kein Mitleid mit den Schuldigen an unserem heutigen Elend, keine Halbeheiten wie 1918, sondern ganze Arbeit zur demokratischen Umgestaltung. Demokratie nur für wirkliche Demokraten, für das schaffende Volk.

Die zweite Lehre heißt: Sich nicht von der Reaktion täuschen lassen! Mehr noch als 1918 ist der deutsche Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg angeschlagen. Seine militärische, wirtschaftliche und politische Macht wurde weitgehend zerschlagen. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich

diese volksfeindlichen Kräfte unter dem Deckmantel „Demokratie“ wieder sammeln. Nach jeder Niederlage wendet die Reaktion die gleiche Taktik an:

Sie stellt sich erst tot, verkriecht sich, um den größten Sturm zu überdauern, sie versucht, wenigstens die Grundlagen ihrer Macht, ihr Eigentum an Produktionsmitteln zu retten. Dann sucht sie Fühlung mit bestimmten bürgerlichen Kreisen, die erst sehr zahm, aber dann immer offener als Verteidiger der alten Machthaber auftreten. Sie versucht, die Arbeiterklasse zu spalten, um sie als den geschichtlich berufenen Faktor zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, zur Erreichung ihres hohen Zieles unfähig zu machen; Entfaltung einer skrupellosen Hetze und Verleumdung gegen alle fortschrittlichen Kräfte (SED und demokratische Organisationen in der Sowjetzone, KPD, Freunde der Einheit usw. in den Westzonen) und alle demokratischen Errungenschaften (Bodenreform, Schulreform, Entzweiung der Nazi- und Kriegsverbrecher, Aufbau eines neuen demokratischen Verwaltungsapparates).

So wollen die Schuldigen an der Katastrophe der gerechten Abrechnung entgehen, indem sie als Demokraten, ja als Antifaschisten das Volk zu betrügen versuchen. Sie scheuen dabei auch nicht zurück vor Verrat der nationalen Interessen Deutschlands, um ihre alten Vorrechte zum Schaden des arbeitenden Volkes zu erhalten (Separatistenbewegung 1918 bis 1933, Aufspaltung Deutschlands in ein ohnmächtiges, föderatives Gebilde, Flucht unter die Fittiche der ausländischen Reaktionen, des amerikanischen Monopolkapitals), um die wirkliche Erneuerung Deutschlands im Interesse des schaffenden Volkes zu verhindern. Wie 1918, auch jetzt eine gemeine Hetze und Verleumdung der Sowjetunion, des Landes des Sozialismus und des Friedens, Durchkreuzt die fortschrittliche Bevölkerung Deutschlands dieses Spiel nicht, dann marschieren unser Volk in eine neue endgültige Katastrophe.

Die dritte Lehre heißt: Einheit der Arbeiterbewegung, Einheit des schaffenden Volkes! Wie 1848 das deutsche Bürgertum versagte, so verstand 1918 die deutsche Arbeiterklasse nicht, ihre geschichtliche Mission zu erfüllen. Die Ursache dafür war die Spaltung in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie ergab sich aus dem Verlassen der marxistischen Lehren durch die offizielle Führung der deutschen Sozialdemokratie, deren revisionistische Einstellung zur Politik der Unterstützung der deutschen Kriegspolitik, zur Koalitions politik nach 1918 führte. Sie lag aber auch in der fehlerhaften Politik der Kommunisten nach 1918.

Soll die Arbeiterklasse nicht wiederum versagen, dann ist das höchste Gebot: Einheit der Arbeiterbewegung auf dem Boden des Marxismus, des wissenschaftlichen Sozialismus in ganz Deutschland. Aufrechterhaltung der Spaltung der revolutionären Kräfte führt zur Passivität breiter Massen des Volkes, zur Isolierung der sozialistischen Bewegung von den übrigen demokratischen Kräften im bürgerlichen Lager und so zur Stärkung der Reaktion. Der Kampf um die Einheit der sozialistischen Bewegung ist heute gleichzeitig der entscheidende Kampf mit den Kräften der Reaktion.

## Die November-Revolution 1918 in Deutschland

Der erste Weltkrieg führte im imperialistischen Deutschland zu einer revolutionären Krise. Der von den deutschen Imperialisten vorbereitete Krieg brachte den werktätigen Massen unerhörte Leiden, Hunger, Qualen und Not, den Imperialisten aber ungeheure Gewinne. Sie strebten nach immer neuen, größeren Eroberungen. Die Arbeitermassen setzten sich gegen diese mörderische Politik zur Wehr. Es kam zu Streiks in den Betrieben, die Hauptforderungen waren Brot und Frieden. Der Krieg brachte die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und die Entfaltung einer revolutionären Bewegung. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte sich durch ihre Abstimmung für die Kriegskredite auf die Unterstützung der Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschlands festgelegt. Das hatte zur Folge, daß sich die entscheidenden Gegner des imperialistischen Krieges, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und ihre Anhänger zum Spartakusbund zusammengeschlossen. (1. Januar 1918). Schließlich erfolgte am 6. April 1917 unter Führung von Haase und Ledebour die Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“. In Berlin entstand in den Betrieben die Organisation der revolutionären Obleute, an deren Spitze Emil Barth stand.

Die Lage an den Fronten verschlechterte sich immer mehr, Hunger und Entbehrungen im Hinterland wurden immer größer, der Wunsch nach Frieden immer dringender. Die russische Revolution von 1917 blieb nicht ohne Rückwirkung auf die revolutionäre Bewegung in Deutschland.

### Der Ablauf der Ereignisse

Der 9. November war also kein Zufall, kam auch nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ereignisse, die den Sturm ankündigten, waren der Aufstand der Matrosen (1917), der Munitionsarbeiterstreik (Jan. 1918), der militärische Zusammenbruch an der Front und Waffenstillstandsbedingungen Hindenburgs und Ludendorffs (27. September 1918).

Es folgten: Matrosenaufstand in Kiel und Demonstrationen in München (3. Nov.), Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in fast allen Städten Deutschlands in den Tagen vom 3. bis 7. Nov., Riesen demonstrationen der Berliner Arbeiter (9. Nov.), Abdankung des Kaisers, Rücktritt der Regierung, Ausrufung der Republik, Forderung der Arbeiter: „Alle Macht den Räten, sozialistische Republik“. Unter Führung von Ebert und Scheidemann wurde der „Rat der Volksbeauftragten“ gebildet.

Der 9. November brachte das Ende der Hohenzollern und der Landesdynastien. Eine Reihe wichtiger demokratischer Rechte und Freiheiten wurde verkündet, so das gleiche und geheime Wahlrecht, die Koalitions-, Presse- und Meinungs-freiheit. Eine Reihe sozialpolitischer Forderungen der Arbeiterbewegung wurden erfüllt, vor allem die Forderung nach dem Achtstundentag. Damit sind die positiven Ergebnisse erschöpft. Aber sie wurden dadurch in Frage gestellt, daß einige Grundfragen der bürgerlichen Revolution nicht gelöst wurden, die die Hauptfrage jeder Revolution ausmachen: die Frage der Staatsgewalt.

Die Regierung der Volksbeauftragten übertrug die Demobilisierung des kaiserlichen Heeres den kaiserlichen Generalen Hindenburg und General Gröner und mit ihnen dem reaktionären monarchistischen Offizierskorps. Die Soldatenräte hingegen, auf die sich eine revolutionär-demokratische Regierung hätte stützen müssen, wurden zu einer beratenden Rolle bei „Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen“ herabgewürdigt. So blieb der Kern des preußisch-deutschen Militarismus erhalten und schuf schon in dieser Zeit durch die Zeitfreiwilligenverbände, die Baltikumer und andere Militärorganisationen, die ersten Kader der

künftigen faschistischen Mord- und Terror-Organisationen, als deren erste Opfer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg fielen.

Die großindustriellen und finanzkapitalistischen Kriegstreiber und Kriegsgewinnler wurden nicht enteignet und nicht zur Verantwortung gezogen. Der Großgrundbesitz der deutschen Fürsten und Junker, die wirtschaftliche Basis des reaktionären monarchistischen Offizierskorps, wurde nicht enteignet, die seit 1848 ausstehende Bodenreform nicht durchgeführt. So konnte auch das zur Sicherung und Weiterführung der Revolution erforderliche Bündnis von Arbeitern und Bauern nicht hergestellt werden. Die großen Güter wurden Herde der Konterrevolution (Schwarze Reichswehr).

Vom Staatssekretär bis zum Bürovorsteher wurde der alte bürokratische Staatsapparat unangetastet übernommen. Reaktionäre Beamte und Richter verhinderten jede wirkliche Demokratisierung, kehrten selbst fortschrittliche Gesetze der Weimarer Republik in ihr Gegenteil um.

Die wichtigste Lehre aus dieser Vergangenheit für heute ist: Die Fehler von 1918 dürfen nicht wiederholt werden! Weil damals die Arbeiterklasse die Spaltung nicht überwinden konnte, darum wurden die Kriegsruher und Kriegsverbrecher nicht zur Verantwortung gezogen. Der Großgrundbesitz und die Macht der Konzern- und Bankherren wurden nicht angetastet. Die reaktionären, monarchistischen Beamten blieben in ihren Stellungen. Weder der Justizapparat noch die Verwaltung, noch das Erziehungswesen wurden erneuert. Selbst die Militärkaste blieb verschont. Die Folge waren Inflation, Krise, Herrschaft des Nazismus und schließlich der neue Weltkrieg. Das deutsche Volk beschritt zum zweiten Male den Weg in die Katastrophe.

### Die Lehren

So kam in Deutschland die Revolution nicht über die Verwirklichung einiger bürgerlicher demokratischer Forderungen hinaus. Jeder Versuch der Weiterführung der Revolution zum sozialisti-

## „Wiedergutmachung“ bei der Eisenbahn

Eisenbahner von 1933 kämpfen um Eure Rechte

○ Aus unserer inzwischen mit Zuschriften von Eisenbahnern, die 1933 gemeldet wurden, angeschwollenen Redaktionsmappe werden wir nun fortlaufend einige Veröffentlichungen bringen, die sowohl die Maßregelungen, wie auch die „Wiedergutmachungen“ am praktischen Beispiel aufzeigen.

### Ein Lokomotivführer

Der Lokomotivführer Sch. in Radolfzell wurde, weil er kommunistischer Stadtrat war, im August 1933 zwecks politischer Maßregelung per sofort entlassen. Sch. stand seit 40 Jahren im Eisenbahndienst und war pensionsfähig. Ein Teil des Ruhegehaltes blieb ihm belassen.

„Gegen die Entscheidung stehen Ihnen der Rechtsweg und die in der Personalordnung sonst vorgesehenen Rechtsmittel nicht zu. Reichsbahndirektion Karlsruhe, gez. Roser.“ (4 P 81)

Ein zweites Schreiben war vom Präsident Grimm unterzeichnet. Sch. hatte damals vier unversorgte Kinder, war in der Folge außerordentlichen Schikanen durch die Gestapo ausgesetzt, wurde verhaftet und kam später in das KZ Nazweiler und Dachau.

Am 8. Mai 1945 verlangte Sch. nun Wiedereinstellung mit allen Rechten ab August 1933, sowie eine finanzielle Wiedergutmachung durch Nachzahlung seines Gehaltes bzw. Pension. Die Antwort der Reichsbahndirektion Karlsruhe (5 H.P. 6)

vom 30. 8. 45 lautete, daß „kein dringendes dienstliches Bedürfnis vorliegt“, ihn wieder in den aktiven Eisenbahndienst zu übernehmen. Abgelehnt wurden auch seine Ansprüche auf volle finanzielle Wiedergutmachung und ihm lediglich die normalen Ruhegehaltsbezüge ab 1. 7. 45 (!) zugestanden. Das Schreiben endet:

„Ferner wird Ihnen gestattet, künftig die Dienstbezeichnung Ober-Lok-Führer a. D. zu führen. Eine weitere Entschädigung kann nicht gewährt werden.“ Welch ein Spott!

Eine direkte Reklamation bei dem Präsidenten der Reichsbahn brachte zwar die Versicherung, daß eine Wiedergutmachung selbstverständlich sel, geschehen ist jedoch bis heute nichts.

So versteht also die heutige RBD Karlsruhe eine „Wiedergutmachung begangenen Unrechts in vollem Umfang“. Ist das nicht eine glatte Verhöhnung der klaren Anordnungen, die seit 1945 erlassen sind! Zum Gaudium jener Eisenbahnerkollegen, die „gute Nazis“ waren und dabei in jeder Beziehung damals und auch heute besser gefahren sind.

Was Naziopfer alles an körperlichen und seelischen Leiden und finanziellen Verlusten erduldet haben dafür hat eine RBD offenbar überhaupt noch kein Verständnis. Aber das kann sie noch lernen, wenn alle Eisenbahnerkollegen einmütig ihr gegenüber auftreten und um ihr Recht zusammen mit allen Naziopfern kämpfen.

## Wir können siegessicher in die Zukunft sehen!

Die fortschrittlichen Kräfte Deutschlands stehen nicht allein. Millionen Menschen der ganzen Welt ist klar geworden, daß das kapitalistische System mit seinen Krisen und Kriegen nicht mehr den wahren Interessen der Völker entspricht. Darum sind eine Reihe Völker nicht zum alten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zurückgekehrt, sondern haben sich eine neue Ordnung geschaffen, die Volksdemokratien. Dort wurden die imperialistischen Elemente, die nationalen Verräter, die ihr Vaterland an die ausländische Reaktion veräußert, ausgeschaltet. Darum das Wutgeheul der internationalen Reaktion gegen diese Länder.

Wie nach der Ersten Weltkrieg und der siegreichen Oktoberrevolution kämpften Abermillionen der Kolonialvölker für ihre Freiheit- und Unabhängigkeit vom Imperialismus. In allen kapitalistischen Ländern stehen die fortschrittlichen Kräfte im Kampfe gegen die Versuche der imperialistischen Elemente, das alte, geschichtlich überholte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu retten und so zu festigen, um eine neue, bessere Ordnung zu verhindern. Trotz Dollaranleihen, Drohungen, Hetze, Peitsche und Zuckerbrot und noch so fulminanter antikommunistischer Propagandafeldzüge darf das nicht gelingen.

Wir haben keine Ursache, verzagt und kleinmütig zu sein. Wir kämpfen für eine gerechte Sache, die Sache unseres Volkes.

Wir erstreben die neue demokratische Ordnung als Sozialisten. Wir wollen darüber hinaus unser Programm, den Sozialismus, verwirklichen; denn wir sind tiefst davon überzeugt, daß erst der Sozialismus unserem Volk und der ganzen Menschheit eine gesicherte Existenz, Glück und Frieden geben wird.

Wir erstreben unser Ziel mit friedlichen Mitteln. Aber wir verzichten nicht auf unser im Interesse des ganzen Volkes gelegenes Ziel, wenn uns die Reaktion den friedlichen Weg zu ihm mit Gewalt versperren will. Dann wollen wir eine andere Lehre früherer Revolutionen wahr machen: die Brechung der Gewalt der Reaktion im Interesse des Fortschritts. Es liegt bei der Reaktion, ob es dazu kommt.

Wir rüsten uns mit dem Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus, vertreten im tagtäglichen Kampf die Nöte und Forderungen unseres Volkes, bemühen uns, zur Partei des ganzen schaffenden Volkes zu werden. Dann braucht uns vor den kommenden Kämpfen nicht bange zu sein.

